

CDU/SPD-Landesregierung lässt nachhaltige Hilfen vermissen:

Städte und Gemeinden bleiben weiter an der kurzen Leine

Anfang Oktober wurde von der Landesregierung verkündet: „Kommunen erhalten mehr Geld“. Die kommunale Finanzmasse solle um 6,1 Prozent auf 515 Millionen Euro steigen. So hoch sei der Finanzausgleich noch nie gewesen, wurde gesagt.

Das hört sich natürlich gut an, aber bei näherer Betrachtung ergibt sich ein ganz anderes Bild: Im Jahr 2010 belief sich die Finanzausgleichsmasse auf 450 Millionen Euro, also 65 Millionen weniger als nun für die Kommunen vorgesehen sind. Doch das jetzige Mehr ist den Städten und Gemeinden in den vorangegangenen Jahren weggenommen worden: 2007 hat das Land 21 Millionen „einbehalten“. Insgesamt sind „seit

dem Jahr 2005 rund 116 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich einbehalten“ worden, wie der Saarländische Städte- und Gemeindetag bereits im Frühjahr 2007 anprangerte, 2008 wurden weitere 47 Millionen Euro einkassiert.

Dazu ein Beispiel: Die Stadt Püttlingen hätte im Jahr 2008 etwa 800.000 Euro **mehr** Schlüsselzuweisungen bekommen müssen, wenn sich das Land nicht an den kommunalen Finanzmasse vergriffen hätte.

So gesehen haben die Städte und Gemeinden keinen Anlass, in Freudentänze auszubrechen, wenn sich die kommunale Finanzmasse nun um läppige 6,1 Prozent erhöht. Das entspricht näm-



Warum die Reichen nun an der Reihe sind? Aufmerksam verfolgen die Kundgebungsteilnehmer den Argumenten der Veranstalter. Auf den Seiten 4 und 5 mehr dazu.

lich immer noch nicht den Summen, die man den Kommunen in den Vorjahren unterschlagen hat.

Genau genommen werden die saarländischen Gemeinden mit dem eigenen Fett geschmiert. Was das Land jetzt den Kommunen zukommen lässt, ist nicht dazu angetan, die Lage spürbar zu entlasten. Um so stärker ist der Druck auf die Städte und Gemeinden, die sogenannte Schuldenbremse noch rabiatier einzuhalten, mit all ihren verheerenden Folgen für die Bevölkerung.

Wie schlimm die Lage ist, macht die Tatsache deutlich, dass die Saar-Kommunen mit fast zwei Milliarden Euro Schulden an der Spitze aller Bundesländer liegen. Da ist das Ende der Fahnenstange fast erreicht. Grundlegende Änderungen stehen an, vor allem die Einnahmen müssen verbessert werden.

Dazu lässt die Landesregierung aber bislang noch jede konkrete Initiative vermissen. Wir berichten auf den Innenseiten, wo das Geld hergenommen werden könnte.



Immer wieder kommt es vor, dass Besucher, die längere Zeit nicht in Püttlingen waren, verwundert feststellen, dass sich die Stadt positiv verändert hat. Das ist in der Tat so. Das Gesicht von Püttlingen ist ansehnlicher und schöner geworden, aber dennoch gibt es unzählige Probleme, auch solche, die nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Und das Meiste hängt mit dem fehlenden Geld zusammen. Die Stadtkasse ist leer und es sieht nicht danach aus, dass sich dies in nächster Zeit bessern wird. Im Gegenteil. Die Finanznot erdrückt uns, Rotstiftpolitik treibt nur noch tiefer ins Verderben. Zu all diesen Fragen bringen wir in dieser Ausgabe einige Beiträge.

Jetzt die Renten im Visier

Die geplante Senkung der Rentenbeiträge von 19,6 auf 18,9 Prozent soll den Rentenbeziehern eine Verbesserung ihrer Einkommen bringen. Aber mit Speck fängt man Mäuse, in Wirklichkeit wird eine neuer Betrug an den Rentnern vorbereitet, wie auf Seite 6 zu lesen ist

Rücksichtsloser Sozialabbau, um den Banken die Kassen zu füllen:

Was heute in Griechenland passiert, kann morgen auch uns treffen

Die griechische Arbeiterklasse hat mit ihrem Generalstreik vom 26. September deutlich gemacht, dass sie vor dem Spardiktat der Troika, diesem satanischen Triumvirat aus Europäischer Zentralbank, IWF und EU-Kommission, nicht kuschen will. Sie wehrt sich, weil sich die Lebensbedingungen für die einfachen Menschen derart verschlechtert haben, dass ein weiterer Abstieg nicht mehr hingenommen werden kann.

Wer sich die Lage in Griechenland anschaut, kann das verstehen. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote bei über 20, die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent. Doch niemand soll glauben, die internationalen Banken würden ein Einsehen haben und ihren Würgegriff lockern. Weiterhin sollen Gehälter und Löhne gekürzt, Renten und Leistungen gedrückt, das Rentenalter angehoben, die Preise für das Lebensnotwendige erhöht und öffentliche Dienstleistungen zusammengestrichen werden, damit das Land die ihm gewährten Kredite zurückzahlen kann.

Wen wundert's, dass die von Bundeskanzlerin Merkel unterstützten Empfehlungen der „Troika“ für jedes Land der EU dieselben sind? In Spanien, Portugal und anderen Ländern wird genauso brutal mit dem Rotstift gewütet. Deshalb gehen auch dort die Massen gegen Kürzungspolitik und Steuererhöhungen auf die Straße, darum wehrt sich die Arbeiterschaft mit ihren Aktionen gegen das Finanzkapital, das den Transfer von Reichtum in die Tresore der Banken rigoros betreibt.

Für uns in Deutschland ist das alles sehr lehrreich, denn was heute in



Wer der Annahme ist, dass die an die griechische Staatskasse gezahlten „Milliarden-Rettungshilfen“ dazu beitragen würden, dem griechischen Volk das Leben zu erleichtern, irrt sich gewaltig. Die Berliner Regierung hat bereits angekündigt: „Athen solle das Geld nicht nach eigenen Vorstellungen ausgeben, sondern **vorrangig seine Schulden bei den internationalen Kreditgebern bedienen**“ (SZ vom 18.10.12).

Damit ist klar, es geht nur um die Milliarden der großen Banken, deren Profite gesichert werden sollen. Dafür soll das Volk weiter bluten.

Griechenland (oder Spanien, Portugal usw.) passiert, kann sich irgendwann auch bei uns wiederholen.

In den letzten Monaten sind die deutschen Exporte in die Südländer eingebrochen und das Minus wird auch nicht mehr durch entsprechende Ausfuhrzuwächse nach Brasilien, Russland, Indien, China oder Südafrika kompensiert. Denn auch dort sinken die Wachstumsraten der BIPs, nicht zuletzt wegen verschlechterter Absatzchancen in die EU. Die Eurozone befindet sich bereits seit dem zweiten Quartal 2012 in der Rezession.

Auf Kampf einstellen

Lange Zeit prahlte die Bundesregierung mit ihrer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, der es gelungen sei, die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich hinter sich zu lassen. Die Bundeskanzlerin: „Wir stehen am besten in Europa da“.

Inzwischen hört man schon wieder andere Töne. So erklärte Ifo-Präsident Sinn: „Die Wolken am deutschen Konjunkturrhimmel verdunkeln sich“ (SZ vom 25.10.12) und auch im Saarland „rutscht die Wirtschaft ins Stimmungstief“. Die Presse verweist auf die Autokratie in Europa, dabei spielt auch die geplante Personalreduzierung bei Ford eine Rolle. Andere Bereiche erwarten ebenfalls Produktionsrückgänge.

Alles deutet darauf hin, dass soziale Spannungen zunehmen werden und sich die Beschäftigten gegen den Druck von Kabinett und Kapital wehren müssen. Kampf ist angesagt.

Derzeit wird über Kurzarbeit u. weitere Einsparungen gesprochen. Diese sollen umgesetzt werden, nicht zuletzt mit dem Argument: „sonst müssen wir Aufträge in den Süden vergeben, wo die Löhne wesentlich billiger sind“.

Als Therapie würde sich eine Kaufkraftsteigerung durch Lohnerhöhungen anbieten, die an die Profite der Konzerne gehen. Außerdem ein Beschäftigungs- und ökologisches Umbauprogramm mit Schwerpunkt Energiewende, finanziert aus den brachliegenden Billionen-Geldschätzen der Milliardäre. Jede Milliarde, die den Reichen zusätzlich weggesteuert wird, kann für mehr Arbeit, so z.B. im Öffentlichen Dienst, ausgegeben werden.

Eins ist jedoch unersetzlich: Die Lohnabhängigen mit ihren gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen müssen selbst in die Gänge kommen, müssen den Kampf gegen weiteren Sozialabbau, für die Durchsetzung berechtigter Forderungen immens verstärken. Wie das zu machen ist, lässt sich in Griechenland und anderen Ländern gut studieren.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Finanzminister Toscani will uns einschüchtern:

Dreiste Lügen werden neu aufgewärmt

Jetzt Widerstand gegen weiteren Sozialabbau organisieren

Die Herrschenden der Bundesrepublik haben die Staatsfinanzen heillos zerrüttet und die Haushalte auf allen staatlichen Ebenen abgrundtief in die roten Zahlen getrieben. Mit Hilfe der „Schuldenbremse“ soll nun die weitere Entwicklung in Richtung Konsolidierung beeinflusst werden. Obschon dies ein aussichtsloses Unterfangen ist, geben sich die Akteure alle Mühe, das Spardiktat rigoros durchzusetzen. Einer der Einpeitscher auf Landesebene ist Finanzminister Toscani, der unlängst erklärte: So könne es nicht weitergehen, uns allen müsse endlich klar sein, dass „wir in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt haben“ (SZ vom 8.10.12).

Dieses Argument ist keineswegs neu. Schon vor mehr als zwei Jahren hat Bundeskanzlerin Merkel damit die Öffentlichkeit unter Druck gesetzt. Doch eine Lüge wird nicht wahr, wenn sie jetzt auch von Toscani kolportiert wird. Wie töricht muss man eigentlich sein, um das nicht zu begreifen?

Aber zurück zur Behauptung des Finanzministers. Wer ist denn „Wir“? Haben etwa 5,8 Millionen Beschäftigte in Deutschland, die weniger als 8,50 Euro in der Stunde verdienen, über ihre Verhältnisse gelebt? Und jene Leute, die von Minijobs, Leiharbeit oder Hartz IV leben müssen? Haben Krankenschwestern, Pflegekräfte, Verkäuferinnen oder Behinderte über ihre Verhältnisse gelebt? Und wie ist das mit den Rentnern, deren Kaufkraft seit dem Jahr 2000 „um 20 Prozent gesunken“ ist (SZ vom 15.10.12) - haben die etwa zuviel zum Leben gehabt?

Es gibt allerdings Kräfte, welche die Staatskasse über die Verhältnisse hinaus geplündert haben. Es sind jene, welche Millionen Euro für Gondwana und vierten Pavillion, für Versorgung von „verdienten“ Parteifreunden mit Staatsposten und Deregulierung der Finanzmärkte verschleudert haben, die für Steuergeschenke an die Reichen und Riesenaufträge an die Rüstungskonzerne die Verantwortung tragen. Doch denen will Toscani keineswegs ans Leder.

Wieder einmal die Schwächsten

Geht es nach dem Finanzminister, dann soll bei den **Eingliederungshilfen für Behinderte** gespart werden. Ein Gutachten sieht gerade bei den Behinderten ein **Sparpotential von 20 Millionen Euro**, wenn man sich am Niveau von Baden-Württemberg orientiert.

Auch für die Kommunen soll sich wenig ändern. Bei den Haushaltsbera-



tungen wurde im Landtag zwar gesagt, der kommunale Finanzausgleich würde um 6,1 Prozent erhöht (s. Seite 1) und es sei beabsichtigt, die mit rd. zwei Milliarden Euro verschuldeten Städte und Gemeinden durch Zinshilfen zu entlasten. Die dafür vorgesehenen 120 Mio. sind aber lediglich ein **Tropfen auf den heißen Stein** und genau genommen nur ein Teil jener Mittel, die den Kommunen (beim Finanzausgleich) in den Vorjahren vorenthalten wurden.

Von den genannten 120 Millionen des kommunalen Entlastungsfonds fließen von 2013 bis 2019 **jährlich 17 Millionen Euro an die (insgesamt 52) Gemeinden**. Andererseits müssen die Kommunen **jährlich 16 Millionen Euro als Kulturbeitrag abführen**. Quasi ein Nullsummenspiel.

Besonders schlimm ist, dass 2.400 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst wegfallen sollen. Dabei gibt es viele Bereiche (z.B. beim Straßendienst, bei den Bauhöfen, in Krankenhäusern und Kindergärten), wo heute schon spürbarer Personalmangel herrscht. Dazu ein selbst erlebtes Beispiel:

Der Schreiber des Beitrages wollte eine Sache beim VHS-Büro des Regionalverbandes erledigen. Ein Schild an der ersten Tür: „Wegen Krankheit geschlossen. Zweite Tür ebenfalls verriegelt, allerdings ohne irgend einen Hinweis. Zufällig kreuzt eine Verwaltungsangestellte im Flur auf. Ihre Auskunft: Es gebe mehrere Krankheitsfälle, sie sei als Einzige übriggeblieben. Meine Reaktion: „Das ist doch ein Witz!“ Ihre Antwort: „Das ist tatsächlich ein Witz, Vertretungen sind nicht mehr in“. Die Beschäftigten tun also gut daran, sich gegen den Personalabbau zu wehren.

Kommunen müssen vor dem Ruin gerettet werden

Die Gewerkschaft ver.di hat Ende August auf eine Personalrätekonferenz in Saarbrücken über die Lage der saarländischen Kommunen beraten. In einer Resolution heißt es: „Wer die Haushaltssituation unserer Kommunen genau analysiert, wird feststellen, dass diese weder hausgemacht sind, noch der Wille zum ‚Sparen‘ fehlt. Unsere Städte und Gemeinden haben primär kein Ausgabeproblem, sondern vor allem ein Einnahmeproblem“.

ver.di verweist darauf, dass die Kommunen seit 1980 Jahr für Jahr Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabeseite betreiben. In dieser Zeit seien „Spardiktate“ (Haushaltserlasse des Landes) der jeweiligen Landesregierungen umgesetzt worden. Absenkungen von Standards, Schließungen von Einrichtungen, Ausgründungen, Privatisierungen, Verlagerung von Aufgaben an Kreis oder Land, Personalabbau und Arbeitsverdichtung waren die Folge.

Nach Ansicht der Gewerkschaft war das die falsche Medizin, davon werde der Patient nur noch kränker. Deshalb ist ver.di dafür, diese verfehlte Politik zu korrigieren. Es werden konkrete Vorschläge unterbreitet. Dazu gehören die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ebenso wie Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

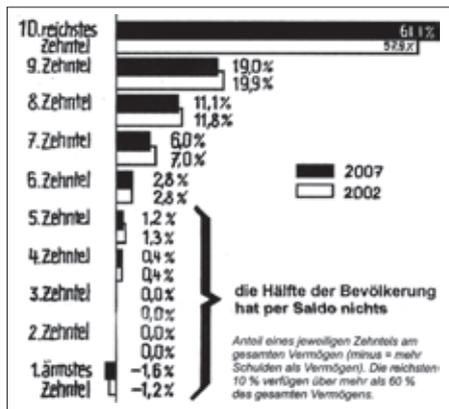
Während die Armut rasant zunimmt, raffen die Reichen ein Vermögen von unvorstellbarer Größe:

Kapitalbesitzer müssen zur Ader gelassen werden

Die „Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander“ titelt die Saarbrücker Zeitung vom 19. Sept. 2012 und stellt fest, dass „die Reichen in Deutschland immer reicher (werden) - zehn Prozent der Haushalte verfügen inzwischen über mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens“. Das Blatt bezieht sich dabei auf den Entwurf des neuen Armuts- u. Reichtumsberichts der Bundesregierung, der Mitte November vom Kabinett beschlossen werden soll. Wir stützen uns auf einen UZ-Artikel vom 5. Oktober.

Es ist geradezu frappierend, was da an skandalösen Tatsachen zum Vorschein kommt: Über 40 Millionen Menschen hierzulande sind buchstäblich Habenichtse, sie verfügen gerade mal über 1 Prozent des Gesamtvermögens, zieht man die Schulden ab, bleibt faktisch nichts übrig. Jedoch umgekehrt hat das reichste Zehntel der Bevölkerung über die Hälfte des gesamten Nettovermögens zusammenge-

von knapp 4,6 Billionen auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt“ (zitiert nach WiWo, 24.9.12). Das ist eine Zahl mit dreizehn Nullen, eine Zahl, die für Normalsterbliche nicht nachvollziehbar ist. Darum der Versuch, durch unsere Graphiken die Dimensionen dieses Reichtums etwas deutlicher zu machen.



rafft, nämlich 53 Prozent! Davon gehören dem reichsten Hunderstel (also 1 Prozent der Bevölkerung) 35,8 Prozent. Ein Bruchteil davon, die Superreichen (das oberste Tausendstel), verfügen allein über 22,5 Prozent.

Mit anderen Worten: Etwa 20.000 Familien/Haushalte in der Bundesrepublik nennen fast ein Viertel des gesamten deutschen Privatvermögens ihr eigen.

Man muss sich das mal vorstellen. „Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte

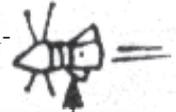
te“ in den letzten Jahren sozialen Abbau und Lohnverluste hinnehmen mussten, sorgten diverse Rettungsschirme der Regierungen vor allem dafür, dass die Reichen ihre Geld-Schäfchen ins Trockene bringen konnten. Gerettet wurde nicht der Euro, sondern die Euros der Millionäre.

Privater Reichtum und öffentliche Schulden sind zwei Seiten derselben

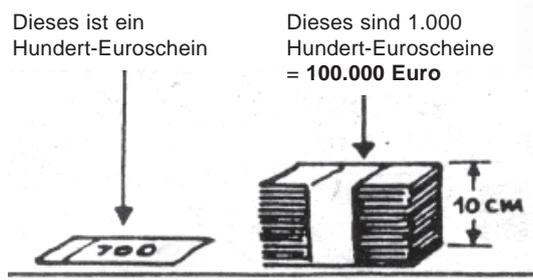
Medaille. So sind die Schulden der öffentlichen Haushalte auf über zwei Billionen Euro gestiegen. Städte und Gemeinden fehlt das Geld für Kitas, Schulen, Theater, Straßen, Bürgersteige und vieles andere.

Der Reichtum hat viele Quellen, über die der Bericht der Bundesregierung wenig aussagt. Trotzdem muss man darüber reden. Da ist z.B. die zunehmende Verschiebung der Einkommenspyramide hin zu Spitzeneinkommen und profitbestimmten Einkommen, durch Boni, Tantiemen, Vorstandsbezüge, Zunahme der Zinserträge, Dividenden, Kapitalerträge, Miet- und Pachteinahmen, Spekulationsgewinne und Erbschaften. All das wurde staatlicherseits begünstigt.

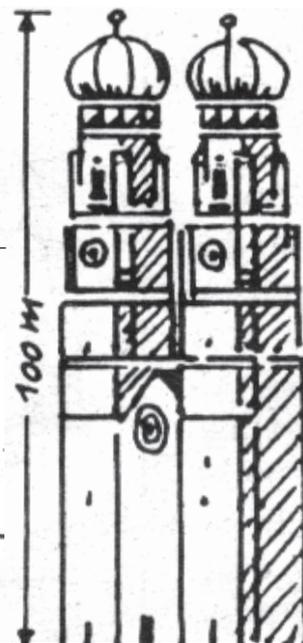
Eine entscheidende Reichtumsquelle war auch, dass sämtliche Regierungen, von Schwarz-Gelb-Kohl, über Rot-Grün, Große Koalition bis Schwarz-Gelb-Merkel den Reichen und Superreichen zig Milliarden an Steuergeschenken brachten. Damit muss endlich mal Schluss sein!



1000 Kilometer



Zehntausend solcher Geldpäckchen zu je 100.000 Euro übereinander geschichtet sind 100 m hoch, wie der Münchner Dom = 1 Milliarde Euro



1000 solcher Milliardentürme erreichen eine Höhe von 100 km = 1 Billion. Aber 1.000 km hoch, das sind 10 Billionen, in Zahlen: 10.000.000.000.000 Euro

Bundesweite Proteste:

Es ist endlich Zeit zum UmFAIRteilen

Aktion auch in Saarbrücken

Am 29. September gingen bundesweit über 40.000 Menschen auf die Straße, um gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau zu demonstrieren, sie verlangten eine stärkere Besteuerung der Reichen.

Auch in Saarbrücken fand eine Veranstaltung statt. Vor der „Europagalérie“ (unsere beiden Fotos) unterhalb des Hauptbahnhofes nahmen mehr als 750 Personen an einer Kundgebung teil, die von einem Bündnis aus 25 Organisationen (darunter auch die DKP) unterstützt wurde. Das Motto: „UmFAIRteilen - Reichtum besteuern!“ fand bei Teilnehmern und Passanten eine große Resonanz. Besagtes Bündnis will auf Landesebene bis zu den Bundestagswahlen 2013 weiter zusammenarbeiten.

Für die Gewerkschaft betonte ver.di-Landesleiter Staudt, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Rettungsschirme bezahlt und damit die Vermögen der Reichen überhaupt erst gesichert hätten. Jetzt komme es darauf an, „dass diejenigen für die Krise zahlen, die es sich am ehesten leisten können, und nicht die Schwächsten“.



ver.di-Landesleiter Staudt bei seiner Ansprache vor der Europagalérie

ver.di plädiert für eine Vermögensabgabe

In der Finanzkrise rettete der Staat die Banken und Unternehmen, milliardenschwere Finanzhilfen und Bürgschaften schützten die Reichen vor Verlusten. Heute haben die Vermögenden die Krise hinter sich. Die Geldvermögen sind höher als vor der Krise. Nur die Schulden sind noch da, und die wollen bezahlt werden. Nicht zuletzt durch die Schuldenbremse sollen die Bürger daran beteiligt werden. Das darf nicht sein!

Die Gewerkschaft ver.di hat gemeinsam mit Sozialverbänden und Nichtregierungsorganisationen eine Debatte über neue Reichensteuern angestoßen. In Zeiten hoher Staatsschulden will ver.di Reiche stärker besteuern, um die öffentliche Armut zu lindern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Vermögensabgabe.

Neben Zustimmung gibt es auch Kritik. Die Gewerkschaften würden über das Ziel hinausschießen, wird behauptet. Eine Vermögensabgabe schröpe in Wirklichkeit nicht die Reichen, sondern den Mittelstand. So würden Leistungsträger bestraft und die Wirtschaft beschädigt. Was ist da dran?

Richtig ist, dass die Nutznießer der Krise auch für die von ihnen verursachten Schulden aufkommen müssen. Hinzu kommt, dass die Reichen und Superreichen von der bisherigen Steuerpolitik der Schröder- und Merkel-Regierungen am meisten profitiert haben: Topverdiener zahlen heute effektiv 30 Prozent, Kapitalbesitzer 25 Prozent und die Dax-Konzerne nur noch 24 Prozent Steuern. Die Gewinnsteuern machen weniger als ein Fünftel des Steueraufkommens aus. Jetzt sind die an der Reihe, die am meisten haben.

„Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage“, wie Dierk Hirschel (Abteilungsleiter beim ver.di-Vorstand), in einem Pressebeitrag betont. „Um die Reichen an den Krisenkosten zu beteiligen, brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe. Vorbild ist der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Da der Staat krisenbedingt einen besonderen Finanzbedarf hat, ist die Abgabe auch verfassungsgemäß“.

Die neue Abgabe soll nur Reiche treffen. Wirklich reich ist, wer netto mehr als eine Million Euro hat. Der Steuertarif solle progressiv verlaufen, von 10 Prozent ab einer Million bis 30 Prozent ab 100 Millionen. Die Steuerlast würde auf 10 Jahre gestreckt. Bei Betriebsvermögen werden die Eigentümer und nicht die Betriebe besteuert. Über 250 Milliarden Euro wären zu erzielen.

Die Millionärsabgabe verursacht keinen wirtschaftlichen Schaden. Aktuelle Investitionspläne trifft sie nicht, da nur Altvermögen besteuert wird. Mittelständische Betriebe mit geringem Betriebsvermögen berührt die Abgabe nicht. Da sie rückwirkend erhoben wird, droht auch keine Kapitalflucht. Umzug oder Vermögensverlagerung sind somit zwecklos.

Das Buhlen um Wählerstimmen hat bereits angefangen:

Kein Weg führt an eigenem Engagement vorbei

Bundestagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Im inzwischen begonnenen Wahlkampf versuchen die Parteien, sich gegenseitig auszustechen und als alleinige Garantie für eine bessere Politik darzustellen. Dahinter steckt viel Verlogenheit, denn CDU/CSU und FDP, die jetzt in der Regierungskoalition sind, haben genau soviel Dreck am Stecken, wie SPD oder Grüne, die während ihrer Regierungszeit jene Gesetze beschlossen haben (z.B. Sozialabbau, Rente mit 67, Steuergeschenke für die Reichen), gegen die sie jetzt zu Felde ziehen. Das Abzocken der Bürger soll munter weitergehen.

Um es vorweg zu sagen: Vieles was derzeit bei uns und europaweit passiert, spielt auch im Wahlkampf eine Rolle und hat seine Ursachen im kapitalistischen System, wo gute Profitbedingungen für die Banken und Konzerne der absolute Dreh- und Angelpunkt sind:

Die Effektivität der Wirtschaft wird einzig an der Rentabilität des Kapitals und nicht an der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen gemessen. Wer das ändern will, der muss grundsätzliche Veränderungen anstreben. Eine gerechtere Gesellschaft ohne die Dominanz des Kapitals ist aber momentan wenig realistisch. Um so mehr ist es notwendig, den Kampf zur Verteidigung des sozialen Besitzstandes zu führen und schrittweise Verbesserungen durchzusetzen.

Wenn man z.B. das Grundgesetz ernst nimmt, wonach „Eigentum verpflichtet“ und sein Gebrauch „zugleich dem

Wohle der Allgemeinheit dienen“ (GG, Artikel 14, 2) soll, ist es längst an der Zeit, die vier großen Stromkonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen. und eine wohldurchdachte Planung zur Umsetzung einer Energiepolitik im Interesse der Mehrheit unseres Volkes zu realisieren. Dann wäre auch die Gewähr gegeben, dass der Ausstieg aus der Atomenergie und die Umstellung auf erneuerbare Energien so vollzogen wird, dass Arbeitsplätze gesichert bleiben und die Kleinverbraucher nicht die Rechnung begleichen müssen.

Vieles, was heute im Argen liegt und sogar noch verschlechtert werden soll (Preistreiberei, Sozialabbau, wachsende Armut infolge prekärer Beschäftigung und, und, und) lässt sich nur ändern, wenn auch die Betroffenen selbst sich für ihre eigenen Interessen engagieren, nach dem Motto: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner im Visier:

Regierung will mit Speck Mäuse fangen

Der Rentenbeitragssatz soll ab Jahresbeginn von 19,6 auf 18,9 Prozent gesenkt werden. Demnach können die älteren Mitbürger mit einem leichten Plus im Geldbeutel rechnen. Gebrauchen können sie es, wenn man berücksichtigt, dass die Kaufkraft der Rentner seit dem Jahr 2000 um über 20 Prozent gesunken ist. Sieht man in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung auch überlegt, die Praxisgebühr abzuschaffen, dann steckt mehr dahinter.

In der Tat. Nun ist die Zeit, wo Wähler mit „Geschenken“ (die man vorher aus ihnen herausgepresst hat) und vielen Versprechungen an die Wahlurnen gelockt werden. Doch im Grunde genommen ist es ein großer Betrug.

Wer jetzt die Rentenbeiträge senkt, will vor allem die Unternehmen entlasten, um später, wenn wieder Gelder fehlen, die Beitragserhöhungen allein zu Lasten der Versicherten wieder nach oben

zu treiben. Es wäre besser, das derzeit überschüssige Geld der Rentenversicherung als Rücklage für schlechte Zeiten zu nutzen und den Beitragssatz stabil zu halten. Es gäbe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die gut gefüllten Kassen genutzt würden, die über viele Jahre hinaus gekürzten Leistungen anzuheben und somit das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Vorschläge gab es genug.

Nächster Raubzug steht bevor:

Strom soll 10 Prozent teurer werden

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde in der Presse berichtet, dass die Verbraucher im Saarland viel zu hohe Strompreise bezahlen. Doch die Stromlieferanten denken nicht daran, die Preise zu reduzieren. Im Gegenteil. Jetzt hat VSE-Vorstandsmitglied Tim Hartmann für 2013 „die stärkste Strompreiserhöhung“ in der deutschen Geschichte angekündigt (SZ vom 27.10.12). Von „Erhöhungen um etwa 10 Prozent“ ist da die Rede.

Strom wird für Privathaushalte in Deutschland langsam zum Luxusgut. Über sechs Milliarden Euro mehr müssen die Verbraucher nächstes Jahr für den Strom zahlen. Der Grund: Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) steigt um 47 Prozent von derzeit 3,592 Cent je Kilowattstunde auf die Rekordhöhe von 5,277 Cent. Das haben die Netzbetreiber (Amprion, Tennet, 50 Hertz, Transnet BW) am 15. Oktober mitgeteilt. Für einen Drei-Personen-Durchschnittshaushalt (Verbrauch 3.000 Kilowattstunden) bedeutet das eine jährliche Mehrbelastung von 60 Euro. Da der Staat über die Mehrwertsteuer zusätzlich abkassiert, sind es sogar über 70 Euro.

Die EEG-Vergütungen, die von Betreibern alternativer Energieanlagen kassiert werden und in erster Linie von Privathaushalten aufgebracht werden, summieren sich damit 2013 auf insgesamt 20,4 Milliarden Euro, vor fünf Jahren waren es erst 7,6 Milliarden. Die Erhöhung zeigt auch, was ein Kanzlerwort wert ist: Die Umlage „soll nicht über die heutige Größenordnung von 3,5 Cent je Kilowattstunde steigen“, verkündete Merkel noch im Juni 2011.

Ein Jahr später wird deutlich: Die Kosten der Energiewende werden nahezu ausschließlich den Privathaushalten aufgehalst, Energiekonzerne u. Großindustrie profitieren davon.





Der erst im Sommer gegründete Seniorenbeirat der Stadt Püttlingen ist jetzt mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit getreten, die den älteren Mitbürgern vielfältige Infos und Anregungen zur Unterstützung der Lebensführung im fortgeschrittenen Alter vermitteln soll. Am 13./14. Oktober wurde in der Stadthalle eine „Seniorenmesse“ abgehalten, an der zahlreiche Organisationen und Institutionen, die mit der Betreuung älterer Menschen befasst sind, beteiligt waren. Auch die AWO als eine der größten Einrichtungen dieser Art war mit einem Informationsstand vertreten (unser Foto).

Anonyme Verleumdungen vergiften die Atmosphäre:

DKP verurteilt im Stadtrat dieses feige Verhalten

Bestimmte Kräfte scheinen ihren Spass daran zu finden, andere Menschen öffentlich zu verleumden. So wurden in Schreiben an die Verwaltung, an die im Stadtrat vertretenen Parteien und an die Medien anonyme Vorwürfe gegen Altbürgermeister R. Müller in Umlauf gesetzt. Franz Hertel erklärte dazu in der Septembersitzung des Stadtrates:

„Die DKP verurteilt jedwede Anschuldigungen gegen Bürger, die durch nichts gerechtfertigt sind. Wir wären die Letzten, die versuchen würden, Vorwürfe wegen Vorteilsnahme oder dergleichen unter den Teppich zu kehren, es sei denn, Fakten, Ross und Reiter würden offen genannt. Aber wir weisen anonyme Unterstellungen entschieden zurück, weil durch derartiges kriminelle Verhalten die Atmosphäre in unserer Stadt nachhaltig vergiftet wird.

Es ist beschämend, dass bestimmte Kräfte mit ihren feigen Vorwürfen bewusst ein Klima herbeiführen wollen, wo jede Schweinerei in Umlauf gebracht werden kann. Solche Methoden lehnt die DKP ab. Wir waren und sind stets bemüht, das politische und gesellschaftliche Leben aus kritischer Sicht zu betrachten, doch dabei werfen wir die grundsätzlichen Fragen auf, zeigen politische Zusammenhänge auf und geben uns Mühe, das Geschehen nicht allein auf Personen zu reduzieren, weder im positiven noch im negativem Sinne“.

Am Schluss forderte der DKP-Sprecher die Öffentlichkeit dazu auf, sich entschieden gegen anonyme Verleumdungskampagnen zur Wehr zu setzen“.



Viele Bürger waren froh, als die Gastronomie im Brauhaus durch die Familie Mohm übernommen wurde. Endlich war wieder Betrieb, doch über Nacht war alles vorbei, nachdem die Pächter (fluchtartig, wie berichtet wird) den Laden verlassen haben. Was ist da nur los, dass immer wieder die Pächter weglaufen? Woran oder an wem kann das nur liegen? Viele Gäste hätten da gerne eine Antwort.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Überschwemmungen im Wohngebiet Schlebach I haben in den letzten Jahren schon viel Schaden angerichtet und die Anlieger in Aufruhr versetzt. Nach bislang vergeblichen Versuchen, die Situation zu entschärfen, soll jetzt ein Hochwasserschutzkonzept umgesetzt werden, wofür bis 2017 rund 3 Millionen Euro investiert werden müssen. Die DKP hat im Stadtrat eine entsprechende Beschlussfassung aktiv unterstützt.

*

Gespräche mit den Bürgern sind für die DKP-Fraktion eine Selbstverständlichkeit und werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit genutzt. Dessen ungeachtet bieten wir von Zeit zu Zeit auch offizielle Termine an: Die nächste Bürgersprechstunde findet am Montag, dem 19. November, von 18 bis 20 Uhr im Lokal Jansens Eck, Völklinger Straße statt.

Innenstadt soll attraktiver werden:

Zentrumsmanager kann für manche Schönheitspflaster sorgen, aber kaum die Probleme lösen

Seit kurzem hat die Stadt einen „Zentrumsmanager“, den früheren SR-Moderator Harald Klyk. Seit Mitte Oktober gibt es auch ein Büro „Aktives Zentrum Püttlingen“, wo dieser „Kümmerer“ zu bestimmten Zeiten anzutreffen ist. Erst nachdem das Ministerium seine Förderzusage gegeben hatte, konnte Harald Klyk in sein neues Amt eingeführt werden.

Man mag den Begriff „Manager“ nicht unbedingt mögen, denn allzu viele negative Assoziationen sind damit verbunden (z.B. in Konzernbetrieben: rigoroses Profitstreben, bedenkenlose Liquidierung von Arbeitsplätzen und Missmanagement), andererseits steckt dahinter Planen, Organisieren und Suchen nach Wegen, wie man bestimmte Vorhaben sinnvoll durchsetzen kann. In diesem Sinne kann man die neue Funktion von Harald Klyk sehen, der sich um all das kümmern soll, was unsere Stadt schöner und lebenswerter machen soll. Wie weit er dem gerecht werden kann, bleibt allerdings abzuwarten.

Gleich zu Anfang soll aber auch ausgesprochen werden: Der neue Zentrumsmanager wird keine Wunder vollbrin-



Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll
www.unsere-zeit.de



Am Marktplatz 10: Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Ideen haben und/oder dazu beitragen wollen, die Stadt attraktiver zu gestalten.

gen können. Man denke nur an die vielen Leerstände von Geschäften. Allein 11 hat Herr Klyk in der Pickardstraße gezählt. Hier wird es kaum helfen, einige Künstler zu gewinnen, die in Schaufenstern ihre Produkte ausstellen. So etwas kann nur kurzfristig über die Probleme hinwegtäuschen.

Oder nehmen wir die wachsende Zahl von leerstehenden Häusern in unserer Stadt. Da wären kommunale Programme notwendig, wo die Stadt leerstehende Häuser aufkauft, die sie saniert und danach den Familien mit Kindern zu günstigen Preisen anbietet. Denkbar wäre auch der Abriss von Häusern (z.B. in der Ismertstraße, wo etwa 3 bis 4 Bauten in Frage kämen!), um dort ein mehrstöckiges Projekt für seniorengerechte Wohnungen zu realisieren. Doch dazu braucht man viel Geld, das die Stadt derzeit nicht hat.

Es gibt noch viele andere Dinge, die in Püttlingen im Argen liegen, z.B. auch der Straßenausbau. Aber all das sind Sachen, wo man vom Zentrumsmanager keine Lösungen erwarten kann. Er wird sich mehr um die kleineren Probleme kümmern, die unserer Stadt weh tun und wo mit Schönheitspflastern wenigstens zeitweise etwas Linderung verschafft werden kann.

Langfristige Planung erforderlich

Viele Fragen unserer Stadtgestaltung bleiben offen und suchen langfristig nach entsprechenden Lösungen.

Die DKP hat sich dazu schon vielfach geäußert. So haben wir bereits Anfang 1980 in „pro + kontra“ zur Stadtsanierung Stellung genommen, die damals

im Stadtrat diskutiert wurde. Rund 30 Jahre später geht es erneut um Fragen der Sanierung, vor allem im Zentrum.

Als vor gut zwei Jahren im Stadtrat die Aufstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes (Geko) beschlossen und ein entsprechender Auftrag an das Ingenieurbüro „Argus-Concept-GmbH“ erteilt wurde, stimmte die DKP für dieses Vorhaben. Denn vieles hat sich in der Stadt in den letzten Jahrzehnten verändert, mit dem man klarkommen muss.

Spielhöhlen sollen außen vor sein

Besagtes Entwicklungskonzept, welches zu zwei Dritteln vom Land finanziert wird, soll für einen Zeitraum von 15 Jahren eine Orientierungshilfe für öffentliche und private Planungen und Projekte geben. Mehrere öffentliche Info-Veranstaltungen wurden durchgeführt, um die Bürger in die Überlegungen einzubeziehen. Eigens wurde auch eine Lenkungsgruppe (Aktives Zentrum) aus Bürgern und Vertretern von Stadtrat und Verwaltung gebildet, die sich mit Fragen der Stadtmitte-Entwicklung beschäftigt. Der Zentrumsmanager hat hier nun den Hut auf.

Übrigens beschloss der Stadtrat am 19. September einen Bebauungsplan ‚Aktives Zentrum Püttlingen‘, der verhindern soll, dass sich zweifelhafte Spiel- und Amüsierbetriebe im Innenstadtbereich breit machen, wie das in einigen Städten bereits gang und gebe ist, wo Spielhöhlen wie Pilze aus dem Boden schießen. Wir wollen verhindern, dass sich eine negative Entwicklung des Standortes vollzieht, die mit vielen Gefahren für die Jugend verbunden ist.